



# Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 644), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLISON, POSTMASTER-GENERAL

36. Jahrgang.

Omaha, Nebr., Mittwoch, den 31. März 1920

8 Seiten—No. 15

## Türkischer Sultans muß aus Europa heraus

### Diesen Standpunkt nimmt Präsident Wilson in einer Note an die Alliierten ein; angeblicher Vertrag zwischen England und Türkei

#### England stellt derartige Behauptungen in Abrede

Washington, 31. März.—In einer Note über die türkische Frage teilt Präsident Wilson den Alliierten mit, daß dem allgemeinen Wunsch, der Regierung der Türkei in Europa ein Ende gemacht werden müsse, zu entsprechen sei. Obwohl zugegeben wird, daß Argumente, die Türkenherrschaft in Konstantinopel aufrecht zu erhalten, ihrer Berechtigung haben, so glaubt die amerikanische Regierung dennoch, daß die Argumente gegen eine derartige Maßnahme bedeutend stärker und so zwingend sind, daß sie nicht ignoriert werden können. Das Dokument trägt die Unterschrift des amerikanischen Staatssekretärs Clegg. Präsident Wilson, heißt es in dieser Note, hält es unter den gegenwärtigen Umständen nicht für angebracht, die vorgeschlagene Konferenz der Alliierten, in welcher die türkische Frage endgültig erledigt werden soll, zu beschleunigen. Inzwischen nehmen die Vereinigten Staaten an dem Bestand des Weltfriedens ein so großes Interesse, daß sie frei und offen ihre Ansichten über die Lösung der verschiedenen Fragen, die mit dem türkischen Friedensvertrag in Verbindung stehen, zum Ausdruck bringen wollen. Welcher Art, heißt es in der Note, die Bedingungen auch immer sein mögen, so erwarten die Vereinigten Staaten dennoch, daß amerikanische Bürger oder Korporationen in dem früheren türkischen Reich die diesbezüglichen Rechte genießen werden, die Bürger und Korporationen anderer Länder.

In der amerikanischen Note wird Zufriedenheit ausgedrückt, daß man in der internationalen Konvention russische Vertretung mündigt, um über die künftige Bestimmung Konstantinopels und der Dardanellen mitreden zu können. Inzwischen müsse Russland in einem derartigen Falle eine stabile Regierung aufweisen können.

England schiebt angeblich im Trüben.  
Berlin, 31. März.—Ein amerikanischer Korrespondent will den Inhalt eines angeblichen Geheimens zwischen England und der Türkei vor einem Jahre ohne Wissen Frankreichs und Amerikas getroffen haben. Er behauptet, demgemäß Konstantinopel in den Händen der Türken und der Sitz des Sultans bleiben solle, wofür Großbritannien die Kontrolle über die Dardanellen und andere wertvolle Zugängnisse, darunter die Herrschaft über Syrien und Mesopotamien erhalte.

Der Wortlaut dieses angeblichen Geheimens Abkommens wurde von Dr. Ragun Bey, der Unterstaatsminister im Kabinett des damaligen Großveziers Talat war, entlockt. Dr. Ragun Bey sagt, das Dokument sei im April 1919 in Konstantinopel von Franzer, Nolan und Churchill für Großbritannien und Damad Ferid Pascha, der damals an der Spitze der türkischen Regierung stand, für die Türkei unterzeichnet worden.

Der angebliche geheime Vertrag enthält acht Artikel wie folgt:  
Artikel 1. England garantiert unter seinem Mandat die Unabhängigkeit der Türkei.  
Artikel 2. Konstantinopel bleibt der Sitz des Kalifats und die Hauptstadt der Türkei. Die Dardanellen kommen unter die Kontrolle Englands.  
Artikel 3. Die Türkei versteht sich dazu, die Bildung eines Staates Kurdistan geschehen zu lassen.  
Artikel 4. Die Türkei erkennt die britische Herrschaft über Syrien und Mesopotamien an und wird im Notfall hierzu helfen.  
Artikel 5. England verpflichtet sich, die Türkei eine Polizeimacht zur Unterdrückung etwaiger politischer Gegenströmungen zur Verfügung zu stellen, sollten solche nach der Bildung einer quasi-konstitutionellen Regierung eintreten, denn eine solche Regierung muß eingeführt werden, um nationalitäre Neigungen zu unterdrücken.  
Artikel 6. Die Türkei entfragt allen ihren Rechten in Ägypten und Libyen.  
Artikel 7. Dieser Vertrag ist offiziell, aber privaten Charakters.

Artikel 8. Nachdem die Friedensbedingungen aufgestellt worden sind, wird der Sultan einen neuen Vertrag mit Großbritannien eingehen, in dem die Türkei sich dazu versteht, die Bestimmungen des Artikels 4 auszuführen.

Der Inhalt dieses Abkommens bleibt geheim.  
Damad Ferid Pascha ist ein Schwager Abduls Samids (Damad bedeutet Schwager). Er war einst Kanzler der türkischen Volkshaus in London und stand auch an der Spitze der türkischen Friedensdelegation in Paris. Eine Zeitung gehörte er der Jungtürken-Bewegung an, sog sich aber später davon zurück und wurde der Führer der Opposition gegen Enver Pascha und Talat Pascha.  
Nach dem Waffenstillstand trug der Sultan ihm auf, ein neues Kabinett zu bilden, worauf die Regierung der Jungtürken zusammenbrach. Später zwangen die türkischen Nationalisten Damad Ferid Pascha, zu resignieren, hauptsächlich weil er zugegeben hatte, daß die Griechen Smyrna besetzten, und wegen des geheimen Abkommens mit Großbritannien.  
Solange der geheime Vertrag nicht offizielle Bestätigung findet, muß er mit Argwohn entgegengenommen werden, weil Berlin seit Monaten von türkischen Nationalisten überlaufen ist, die versuchen durch Propaganda aller Art Zwietracht unter den Alliierten zu stiften und weil Dr. Ragun Bey mit Enver Pascha und Talat Pascha in nahen Beziehungen steht. Wenn der Vertrag auf Wahrheit beruht, muß eine große Sensation in Paris und London die Folge sein. Wenn sich herausstellt, daß Großbritannien sich schon vor einem Jahre verpflichtete, dafür zu sorgen, daß die Türken Konstantinopel behielten, wird die Klage der britischen Staatsmänner hinfällig, daß die Weigerung Amerikas, das Mandat für die Türkei zu übernehmen, schuld an der türkischen Krise sei.  
Die Bestimmung bezüglich Syriens würde Frankreich noch mehr gegen England aufbringen.

England stellt es in Abrede.  
Washington, 31. März.—Es verlautet, daß das hiesige Staatsdepartement von Großbritannien in Kenntnis gesetzt wurde, daß kein Vertrag zwischen Großbritannien und der Türkei, laut welchem England die Kontrolle über die Straße der Dardanellen erhalten und der Sultan in Konstantinopel bleiben soll, bestünde.

## Franzosen beginnen sich zu beruhigen

### Reichstag stellt Regierung ein Vertrauensvotum an; Generalstreik in Offen.

Berlin, 31. März.—Kanzler Mueller machte im Reichstag die Ankündigung, daß Frankreich von seiner Forderung, Frankfurt, Darmstadt und Genua zu besetzen, falls Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet eindringen, Abstand genommen und Deutschland Erlaubnis erteilt habe, Truppen in die neutrale Zone zu senden, um den Aufstand dort zu unterdrücken.  
Deutsche Nationalisten und unabhängige Sozialisten verurteilten, ein Zedelvotum gegen die Regierung zu beschließen, wurden jedoch überstimmt, und dem Kabinett Mueller wurde ein Vertrauensvotum ausgesetzt.  
Kanzler Mueller bewies in einer Rede auf die Lage im Ruhrgebiet, die Drohung der Radikalen, dort einen allgemeinen Streik zu inszenieren, falls Reichswehr dort einrücke, er sagte, daß der Wehrminister Befehl gegeben habe, gegen die Insurgenten schonend vorzugehen; er müsse die Behauptung, daß die Regierung nach dem Blute der Arbeiter dürste, energisch zurückweisen. Frankreich habe gestattet, sagte er, daß wir drei Wochen lang Truppen in das von Radikalen besetzte Gebiet werfen können, und in dieser Zeit wird es uns gelingen, die Ruhe und Ordnung dort wieder herzustellen.  
Essen, 31. März.—In Essen ist ein allgemeiner Streik erklärt worden. Die Stadt ist ruhig. Alle Geschäftshäuser sind geschlossen; alle Verbindungen mit der Außenwelt ist unterbrochen.  
Düsseldorf hat sich dem Ultimatum der Regierung gefügt.  
Kapp-Putsch schädigt Kredit.  
Berlin, 31. März.—Wie das „Berliner Tageblatt“ heute meldet, ist aus amerikanischen Quellen in Erfahrung gebracht worden, daß eine Anzahl amerikanischer Finanzinstitute, die sich erboten hatten, zur Unterstützung des deutschen Handelskredites zu gewähren, diese Arbeiten infolge des Kapp'schen Staatsstreiches zurückgezogen haben. Aus dem gleichen Grunde, sagt die Zeitung ferner, sind auch die Unterhandlungen, die bezüglich des Verkaufes einer großen Menge Ralt nahezu abgeschlossen waren, aufgehoben worden.

## Alliierte akzeptieren Holland's letzte Note

### Die holländische Regierung übernimmt die Verantwortung für Wilhelm's ferneres Verhalten.

London, 31. März.—Nach dem Daily Telegraph hat der französische Gesandte im Haag der holländischen Regierung mündlich die Ansicht der Alliierten über die Neutralität des früheren Kaisers ausgedrückt. Das Vorgehen des Gesandten wird durch eine neue Note an die holländische Regierung unterstützt, worin die Niederlande für jedes Verfehlen, den entthronten Kaiser in den Grenzen eines internationalen Neutralen zu halten, verantwortlich gehalten werden.  
Nach der Daily Mail haben die Alliierten die letzte holländische Note über den Ex-Kaiser angenommen. In dieser Note, datiert vom 5. März, weigerte sich die holländische Regierung zum zweiten Male, den früheren deutschen Kaiser dem Gericht der Alliierten auszuliefern. Jedoch verpflichtete sich die holländische Regierung, alle nötigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Freiheit Wilhelm's zu treffen und zu verhindern, daß er den Weltfrieden wieder gefährde. Diese Maßnahmen würden sofort getroffen werden. Dies wurde in dem Sinne aufgefaßt, daß der Wohnsitz des Kaisers einer strengen Überwachung unterliegt und seine Verbindungen der Zensur unterworfen werden sollen.

## Soviet-Gesandter deutscher Untertan

### Justizdepartement fordert Ausweisung des angeblichen „deutschen Kommunisten“.

Washington, 31. März.—Das Justizdepartement wird den Einwanderungsbehörden heute keine Arbeit bei hohem Lohn bilden die Ursache, daß in diesem Jahre Arbeitermangel auf den Farmen eintreten muß, wodurch die Kosten des Lebensunterhaltes noch mehr in die Höhe geschraubt werden. Diese Behauptung wurde hier heute von Kennern der Lage aufgestellt. Verlockende Offerten, die von Farmern in dem Korngebiet gemacht werden, bleiben unbeantwortet, und wenn nicht bald Farmarbeiter in genügender Anzahl erlangt werden können, dann müssen die Farmer, vorliegenden Berichten zufolge, Tag und Nacht arbeiten, um ihre Felder zu beackern.  
C. E. Boyd, Präsident eines hiesigen Arbeitsnachweisungs-Bureaus, sagt: „Farmarbeiter werden sehr stark gefehlt. Täglich erhalten wir 50 Gesuche für Farmarbeiter, sind aber kaum imstande, zehn Gesuche zu berücksichtigen. Die Farmarbeiter erhalten von \$50 bis \$80 pro Monat mehr freier Beköstigung, Wohnung und Wäsche. Gegen das Vorjahr ist

## Farmer können keine Arbeiter erlangen

### Es wird gesagt, daß trotz der ungewöhnlich hohen Löhne der Feldarbeiter die Farm verläßt und das Stadtleben vorzieht

#### Eine große Reduktion der Farmerzeugnisse sicher

Chicago, 31. März.—Jazz, luxuriöse Mahlzeiten, Theater und Nachtbunnelei verbunden mit leichter Arbeit bei hohem Lohn bilden die Ursache, daß in diesem Jahre Arbeitermangel auf den Farmen eintreten muß, wodurch die Kosten des Lebensunterhaltes noch mehr in die Höhe geschraubt werden. Diese Behauptung wurde hier heute von Kennern der Lage aufgestellt. Verlockende Offerten, die von Farmern in dem Korngebiet gemacht werden, bleiben unbeantwortet, und wenn nicht bald Farmarbeiter in genügender Anzahl erlangt werden können, dann müssen die Farmer, vorliegenden Berichten zufolge, Tag und Nacht arbeiten, um ihre Felder zu beackern.  
C. E. Boyd, Präsident eines hiesigen Arbeitsnachweisungs-Bureaus, sagt: „Farmarbeiter werden sehr stark gefehlt. Täglich erhalten wir 50 Gesuche für Farmarbeiter, sind aber kaum imstande, zehn Gesuche zu berücksichtigen. Die Farmarbeiter erhalten von \$50 bis \$80 pro Monat mehr freier Beköstigung, Wohnung und Wäsche. Gegen das Vorjahr ist

## Lloyd George „Home Rule“ Bill angenommen

### London, 31. März.—Wie zu erwarten stand, ist die von Lloyd George unterbreitete Home Rule Bill für Irland in britischen Unterhaus angenommen worden.

London, 31. März.—Wie zu erwarten stand, ist die von Lloyd George unterbreitete Home Rule Bill für Irland in britischen Unterhaus angenommen worden. Für die Annahme derselben wurden 348, gegen dieselbe 94 Stimmen abgegeben.

## Polen melden über militärische Erfolge

### Washington, D. C., 31. März.—Auf der hiesigen polnischen Gesandtschaft verlautet, daß die polnische Regierung sich an die Vorkämpfer der polnischen Armee gegen die Sowjettruppen wenden wird, sollte die Verteidigungslinie der Polen ernstlich gefährdet werden.

Washington, D. C., 31. März.—Auf der hiesigen polnischen Gesandtschaft verlautet, daß die polnische Regierung sich an die Vorkämpfer der polnischen Armee gegen die Sowjettruppen wenden wird, sollte die Verteidigungslinie der Polen ernstlich gefährdet werden. Es verlautet, daß Frankreich stillschweigend seine Zustimmung gegeben habe, doch gelte die Lage der Dinge in Deutschland nicht, daß Frankreichs Unterstützung stark im Anspruch genommen werden kann, da man auf die Entwicklungen in Deutschland ein wachsam Auge haben müsse.  
Warschau, 31. März.—Polnische Truppen haben in Podolien gegen zweitägigen Kampfe die Sowjettruppen zurückgeschlagen und einen Teil jenes Territoriums, das ihnen letzte Woche entziffen wurde, zurückgewonnen. So lauten Meldungen aus dem polnischen Hauptquartier.  
Unterhandlungen wahrscheinlich.  
London, 31. März.—Der russische Minister des Auswärtigen Litwinow hat die polnische Regierung benachrichtigt, daß er willens sei, mit Polen Friedensverhandlungen anzuknüpfen.



E. T. Meredith von Des Moines, Iowa, dessen Ernennung zum Sekretär der Landwirtschaft in Washington große Aufmerksamkeit hervorrief, wird von den Demokraten in Iowa als ein Kandidat für die Präsidentschaft angesehen.

## Hoover nimmt republ. Kandidatur an

### San Francisco, 31. März.—In einem Telegramm an den republikanischen Klub von California hat Hoover seine Bereitwilligkeit erklärt, die republikanische Nominierung für die Präsidentschaft anzunehmen wenn in der Partei das Gefühl vorherrsche, daß die Wahlfragen seine Kandidatur notwendig machten.

San Francisco, 31. März.—In einem Telegramm an den republikanischen Klub von California hat Hoover seine Bereitwilligkeit erklärt, die republikanische Nominierung für die Präsidentschaft anzunehmen wenn in der Partei das Gefühl vorherrsche, daß die Wahlfragen seine Kandidatur notwendig machten. Er erklärt, daß „eine natürliche Geneigung“ ihn mit dem „unabhängigen Element“ der Republikaner verbinde, und daß er die Partei unterstützen werde, wenn sie seine fortschrittliche Plattform aufstelle. Er wiederholte seine frühere Behauptungen, daß er sich um die Nominierung in keiner Weise bemühen werde. Sinnlich des Friedensvertrages sagt Hoover, daß er weder mit den „Unberühmten“ noch mit dem Standpunkt des Präsidenten übereinstimme. Die letzten Entwürfe der Vertragslage, sowie die „Verhüllung“ der wirtschaftlichen Ausdehnung“ bestimme ihn, das „Vorgehen“ der republikanischen Freunde zuzustimmen, das sie ohne seine Einwilligung begonnen hätten.  
Abnommt auf die kaiserliche Krone

## Unzufriedenheit in Dänemark nimmt zu

### Kopenhagen, 31. März. (United Press.) Königin Christian der Dritte hat gestern dem neuen Ministerium unter dem Premier Otto Riebe seine Genehmigung erteilt.

Kopenhagen, 31. März. (United Press.) Königin Christian der Dritte hat gestern dem neuen Ministerium unter dem Premier Otto Riebe seine Genehmigung erteilt. Das Ministerium hat sich verpflichtet, sofortige Remonstrationen anzuordnen und die Internationalisierung Hensburgs zu erziehen. Die Gerichte über beabsichtigte Einführung einer Republik erhalten sich mit großer Hartnäckigkeit.  
Die Arbeiterpartei wird ihren Plan, zum Protest gegen die Entlassung des Ministeriums Folge teilens des Königs einen Generalstreik anzuordnen, heute einem allgemeinen Kongress der Gewerkschaftsverbände unterbreiten. Man sagt, daß der König seinen neuen Arbeitsminister aufgetragen habe, den Generalstreik unter allen Umständen zu verhindern, daß man ihn aber davon in Kenntnis gesetzt habe, das das Ministerium machtlos sei. Die Bahn- und Postbeamten haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, sich dem allgemeinen Aufstand anzuschließen. In einer gestern abend abgehaltenen Massenversammlung brandmarkten die Sozialdemokraten den Ministerwechsel des Königs und verlangten Remonstrationen nach der Art und Weise der Republikaner, mit erweitertem Wahlrecht.

## Zwei Luftschiffer büßen das Leben ein

### Sioux City, 31. März.—S. E. Simon, ein früherer Armeesieger, und A. L. Petersen, ein Fliegerlehrer von Viborg, S. D., kamen Montag nachmittags um, als ihre Maschine aus einer Höhe von 300 Fuß abstürzte.

Sioux City, 31. März.—S. E. Simon, ein früherer Armeesieger, und A. L. Petersen, ein Fliegerlehrer von Viborg, S. D., kamen Montag nachmittags um, als ihre Maschine aus einer Höhe von 300 Fuß abstürzte. Das Unglück passierte auf dem Flugfeld des Fliegerklubs von Sioux City, sechs Meilen westlich von der Stadt. Petersen war auf der Stelle tot; Simon starb vier Stunden später im Hospital.  
Großer Profit der Lederindustrie.  
Chicago, 31. März.—Die National Leather Co., die im letzten Jahre organisiert wurde, um das Gerbereigewerbe der Swiftischen Großschlachtereien zu übernehmen, hat nach ihrem veröffentlichten Bericht in den letzten 6 Monaten des Jahres 1919 einen Reingewinn von \$4.603.208 erzielt. Der Umsatz betrug \$88.000.000. Der Verdienst entspricht einer Dividende von 15.34 Prozent von dem Anlagekapital von \$30.000.000 für 6 Monate oder 30.68 Prozent jährlich.

## Papier-Steuererhebung wird aufgehoben

### Washington, 31. März.—Druckpapier bis zu einem Preise von 8 Cent das Pfund wird nach einem Zusatz zur Steuerborlage, der vom Hause einstimmig angenommen und dem Senat überhandt wurde, kostenfrei eingeführt werden können.

Washington, 31. März.—Druckpapier bis zu einem Preise von 8 Cent das Pfund wird nach einem Zusatz zur Steuerborlage, der vom Hause einstimmig angenommen und dem Senat überhandt wurde, kostenfrei eingeführt werden können. Das gegenwärtige Gesetz bestimmt den Höchstpreis auf 5 Cent das Pfund, aber das Haus hat sich klar gemacht, daß zu diesem Preise kein Papier zu erhalten ist. Der demokratische Abgeordnete Kitchin, Südkarolina, erklärte den Zusatz für eine Notstandsmaßregel, die unumgänglich sei, um hunderte von kleineren Zeitungen vor dem Ruin zu bewahren.  
Canadier wünschen „Knochentrockenheit“  
Vancouver, B. C., 31. März.—Die Führer der Prohibitionspartei in British Columbia haben die Provinzialregierung um die Abhaltung einer Abstimmung über „Knochentrockenheit“ Prohibition eruchtet. Gegenwärtig können Spirituosen auf ärztliche Verordnung unter einem „Permitsystem“ erlangt werden.  
Man unterstütze die deutsche Presse, indem man zu ihrer Verbreitung beiträgt.

## Gottlieb Storz giebt wiederum \$500 für die Notleidenden

### Herr Gottlieb Storz, unser bekannter und geschätzter Mitbürger, hat dem Hilfsfond für Mitteleuropa wieder eine Summe von \$500 zuwenden lassen.

Herr Gottlieb Storz, unser bekannter und geschätzter Mitbürger, hat dem Hilfsfond für Mitteleuropa wieder eine Summe von \$500 zuwenden lassen. Herr Storz interessiert sich sehr für das Hilfswerk und bietet seinen ganzen Einfluß im anglo-amerikanischen Kreis auf, damit, wie das seit einiger Zeit geplant, die Arbeit unter den anglo-amerikanischen Kreise getragen werden kann, unter denen ein neuer Fond aufgebracht werden soll, welchen man den amerikanischen Quäkern zur Beteiligung in Deutschland übertragen will. Gottlieb Storz, ist dies, dieses neue Werk, dem sich anfänglich fast unüberwindbare Schwierigkeiten in den Weg stellten, bald in Gang zu bringen.  
Finanzbericht des Hilfsfonds.  
Bisher veröffentlicht und kollektiert ..... \$33.153.58  
Aug. Prinz, Galco, Nebr., 10.00  
Ungenannt aus Columbus, Nebr., 10.00  
S. J. Nieminen, von vierten m. Oelrichs, So. Dakota 5.00  
Gottlieb Storz, Omaha .. 500.00  
Summa .... \$33.658.58  
Gustav Hauelsen, Fin. Sekr.

## Canadier wünschen „Knochentrockenheit“

### Vancouver, B. C., 31. März.—Die Führer der Prohibitionspartei in British Columbia haben die Provinzialregierung um die Abhaltung einer Abstimmung über „Knochentrockenheit“ Prohibition eruchtet.

Vancouver, B. C., 31. März.—Die Führer der Prohibitionspartei in British Columbia haben die Provinzialregierung um die Abhaltung einer Abstimmung über „Knochentrockenheit“ Prohibition eruchtet. Gegenwärtig können Spirituosen auf ärztliche Verordnung unter einem „Permitsystem“ erlangt werden.  
Man unterstütze die deutsche Presse, indem man zu ihrer Verbreitung beiträgt.



Nichter Sessions, dessen Name im ganzen Lande durch seine Beurteilung des Senators Newberry bekannt geworden ist.

## Wetterbericht

### Für Omaha und Umgegend — Teilweise bewölkt heute abend und Donnerstag. Kälter heute abend.

Für Omaha und Umgegend — Teilweise bewölkt heute abend und Donnerstag. Kälter heute abend. Kälter am Donnerstag.  
Für Nebraska — Teilweise bewölkt und etwas unbestimmt heute abend und Donnerstag. Kälter am Donnerstag. Kälter heute abend, ausgenommen Zentral Teile.  
Für Iowa — Unbestimmt heute abend und Donnerstag. Wahrscheinlich Gewitterstürme in süd und zentralen Teilen. Kälter am Donnerstag und im äußersten westlichen Teile heute abend.  
— Es bezahlt sich, in den „Staftifizierten Anzeigen“ der Tribüne zu annoncieren.  
Beruft Euch bei Einkäufen auf diese Zeitung